

Presse-Erklärung

der Initiativen ‚Aktion Stadtwerke‘, Klima- und Umweltbündnis Stuttgart - KUS - und Stuttgarter Wasserforum vom 28. April 2010

Zum Anspruch von EnBW an Stuttgarter Stadtwerken

EnBW fordert an Stuttgarter Stadtwerken einen Anteil von mindestens 50% und die Betriebsführung, s. STN vom 27.4.10. Diese Forderung stellt sie, weil sie sich aufgrund des für Stuttgart miserablen Konzessionsvertrages in einer starken Position wähnt.

Der Gemeinderat darf sich auf die Position von EnBW nicht einlassen und nicht verhandeln.

Er darf keine scheinbar unumgänglichen Kompromisse eingehen!

Vielmehr muss der Schwerpunkt des in Auftrag gegebenen Gutachtens für die Gründung von Stadtwerken geändert werden: der Gutachter muss jetzt klären, welche rechtlichen Schritte nötig sind, damit wir unsere Wasserversorgung und die Netze für Strom, Gas und Wärme komplett in städtische Hand zurück bekommen, zu 100 %.

Die meisten Gemeinderäte, die 2002 unsere Daseinsvorsorge verkauften, sind heute noch im Gemeinderat. Wir erwarten, dass gerade auch sie alles tun, um die Grundlagen für die Entwicklung unserer Stadt – und das sind die Versorgungsnetze - wieder komplett in städtisches Eigentum zurückzuführen. Dafür werden Gerichtsprozesse nötig sein. Denn der fahr-lässige Umgang mit Bürgereigentum resultierte in einen für unsere Stadt miserablen Konzessionsvertrag mit der EnBW, der nicht einmal eine Rückkaufmöglichkeit enthält.

Es ist keine Stadt bekannt, die einen so schlechten Vertrag abgeschlossen hat. Stuttgart wird unter Umständen bis zum höchsten Gericht klagen müssen. Aber die Stadt wird gewinnen, denn das Konzessionsrecht, ein Bundesrecht, hat das gesamtgesellschaftliche Ziel, den Kommunen die Selbstversorgung nach § 28 GG zu ermöglichen.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er das klare politische Ziel von 100 % kommunalen Stadtwerken jetzt beschließt. Das Netzmonopol muss in die Hand der Kommune. Die damit erzeugten Gewinne dürfen nicht an private Aktionäre fallen. Sie müssen Nutzen für uns alle schaffen.

Stuttgart muss seine Gestaltungshoheit wieder erlangen. Insbesondere in den nächsten Jahren, wo der Wohlstand Stuttgarts vom rasanten Zusammenwachsen der Energieversorgung mit dem IT-Bereich und der Mobilität abhängt.

Wir meinen, EnBW hat kein Recht, Forderungen an die Stadt zu stellen. Sie hat sehr gut an uns allen verdient. Von den jährlichen Milliardengewinnen des Konzerns kommt ein großer Teil aus Stuttgart. Außerdem ist sie 2002 vermutlich zum größten Grundbesitzer der Stadt geworden. Viele Hunderte wertvolle städtische Grundstücke und Werkwohnungen gingen ganz nebenbei in ihren Besitz über.

Zudem: niemand weiß, ob nicht die EnBW in Kürze sogar mehrheitlich von der

französischen EDF beherrscht wird.

Kein zweiter Ausverkauf an die EnBW – es geht diesmal um entscheidende 20 Jahre!
Sonst würde das miserable Geschäft von 2002 nochmals bestätigt.